

Frankfurter Rundschau, Frankfurt & Hessen, 24.04.06:

Dietzel verweigert Zahlen

Was der einzelne Bauernhof von der EU bekommt, lässt sich nur errechnen, wenn man die Betriebsgröße kennt

In der Debatte um die Offenlegung der EU-Agrarsubventionen lehnt es Hessens Umwelt- und Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel (CDU) ab, auf die einzelnen Höfe bezogene Daten zu nennen. Es gebe bereits ein "sehr transparentes Prämiensystem".

Frankfurt: In einer Antwort auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Grünen schreibt der CDU-Politiker, die "öffentliche Bekanntgabe betriebsspezifischer Daten wird, ungeachtet datenschutzrechtlicher Belange, abgelehnt". Demgegenüber hatte die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* auch Deutschland aufgefordert, diese Transparenz der Zahlungen herzustellen. Die Steuerzahler sollten wissen, "wofür ihr Geld ausgegeben wird. Deshalb finde ich, dass die EU-Staaten diese Informationen offen legen sollten", sagte die EU-Kommissarin.

Dietzel hingegen verweist auf die anonymisierten Daten, die ausreichend seien. So würden nach Zuteilung der Zahlungsansprüche landesweit die einheitlichen Beträge für Flächenprämien veröffentlicht. "Damit wird bereits eine hohe Transparenz ermöglicht." Das Bundeslandwirtschaftsministerium hatte auf Anfrage der *FR* jedoch darauf verwiesen, dass die Länder im Gegensatz zum Bund nicht nur Daten der Betriebe besäßen, sondern darüber hinaus auch die rechtliche Möglichkeit einer Veröffentlichung hätten. Es sei den Ländern freigestellt, etwa die Namen und Zahlungsansprüche der 20 größten Betriebe zu nennen, sofern diese Unternehmen damit einverstanden seien, sagte der Sprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Andreas Täuber.

Die Landtags-Grünen hatten auf die Beispiele anderer Länder wie Großbritannien oder die Niederlande verwiesen, wo inzwischen für den Bürger nachvollziehbar ist, wie viel Geld auf den einzelnen Höfen ankommt. Doch die Forderung nach Transparenz zielt in Hessen zunächst ins Leere.

So verweist das Umweltministerium neben der rein statistischen Erfassung, bei der Zahlungshöhen und Anzahl der Betriebe in Bezug zueinander gestellt werden, auch auf das derzeit geltende Prämiensystem, das bereits "sehr transparent" sei. Da in Hessen je Hektar Ackerland 301 Euro und je Hektar Grünland je Hektar 61 Euro Flächenprämie gezahlt werden und der zur Zeit noch gezahlte betriebsindividuelle Zuschlag 2010 sukzessive auslaufe, wisse der Steuerzahler "dann auf den Cent genau, wie viel Euro er für die Pflege eines Hektars Kulturlandschaft aufwenden muss". Denn, so heißt es weiter, "wenn bekannt ist", wie viel Hektar ein Betrieb "pflegt", könne man "durch einfache Multiplikation die jährliche Direktzahlung eines Betriebs ermitteln", schreibt das Umweltministerium auf eine Anfrage der *FR*. Offen bleibt derweil, wie der Steuerzahler die Betriebsgröße in Erfahrung bringen kann. Sollte man die betriebsindividuellen Prämienzahlungen veröffentlichen, argumentiert das Ministerium weiter, dann müssten "konsequenterweise auch alle anderen Einkommen, die aus öffentlichen Leistungen finanziert werden, personenbezogen veröffentlicht" werden. "Dies geschieht aus guten Gründen nicht."

Die Diskussion um die Transparenz der EU-Prämien findet vor dem Hintergrund drastischer Kürzungen für die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums sowie der Agrarumweltmaßnahmen statt. So wird auch in Hessen eine erhebliche Kürzung etwa der Bio-Zuschläge diskutiert. Diese Zahlungen (derzeit 190 Euro je Hektar) müssen zwar zu den eigentlichen Direktzahlungen (Flächen- und Betriebsprämie) hinzugerechnet werden. Sie fließen allerdings in aller Regel an kleinere Höfe und nicht an großagrarisch arbeitende Höfe etwa in der Wetterau. Damit würden ausgerechnet Zuwendungen gekürzt, mit denen im ländlichen Raum Arbeitsplätze geschaffen würden und mit denen die "gesellschaftlich anerkannten Leistungen" wie Öko-Landbau, regionale Vermarktung sowie tier- und naturgerechte Landbewirtschaftung möglich würden, kritisieren die Grünen. Agrarpolitiker wie der Landtagsabgeordnete der Grünen, Martin Häusling, plädieren deshalb dafür, die Direktzahlungen der EU an die Zahl der Arbeitskräfte zu koppeln. Ihre Zahl sei in der Relation bei kleineren Betrieben höher als bei durchrationalisierten Großbetrieben. *Stephan Börnecke*

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2006 Dokument erstellt am 23.04.2006 um 19:44:02 Uhr Erscheinungsdatum 24.04.2006
